

# Resolution

In den letzten Wochen ist der Regelungsvorschlag des Bundeswirtschaftsministeriums für einen CO<sub>2</sub>-Sonderminderungsbeitrag des Stromsektors im Rahmen des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 bekannt geworden. Danach sollen Kraftwerksblöcke, die älter als 20 Jahre sind und deren CO<sub>2</sub>-Ausstoß oberhalb einer Freibetragsgrenze liegt, für die die Freigrenze übersteigenden Emissionen zusätzliche CO<sub>2</sub>-Zertifikate in einem Wert von 18-20 €/t CO<sub>2</sub> erwerben.

Der Industrie- und Umweltausschuss der IHK Mittlerer Niederrhein betrachtet diesen Vorschlag mit großer Sorge.

Der Industrie- und Umweltausschuss befürchtet, dass

- der Vorschlag dem fairen Wettbewerb für alle Energieträger zuwiderläuft und die Belastungen für die vor allem in unserer Region angesiedelten Braunkohlekraftwerke zu groß sind. Dies würde bedeuten, dass es nicht wie vom Bundeswirtschaftsministerium unterstellt zu einer graduellen Anpassung im Kraftwerkspark kommt, sondern die Betreiber sich zu Stilllegungen gezwungen sehen.
- vor diesem Hintergrund keine zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Zertifikate von den Betreibern erworben und damit aus dem Handel genommen werden. Vielmehr zeichnet sich ab, dass diese deutsche Insellösung die bisher für den Kraftwerksbetrieb notwendigen CO<sub>2</sub>-Zertifikate auf den Markt schwemmen wird. Damit bliebe das Instrument klimapolitisch wirkungslos. Zudem droht ein weiterer Preisverfall für CO<sub>2</sub>.
- durch die Stilllegung von Braunkohlekraftwerken zukünftig nicht mehr ausreichend gesicherte Leistung zur Verfügung steht und deshalb die Versorgungssicherheit gefährdet sein könnte.
- es aufgrund der Stilllegung der heute an der Strombörse häufig preissetzenden günstigen Braunkohlekraftwerke zu Strompreiserhöhungen kommen wird, die die Belastbarkeit vieler Unternehmen überschreitet.
- es zu direkten Arbeitsplatzverlusten in der Energiewirtschaft und in der stromintensiven Industrie kommen wird, die beide hier eine große Bedeutung haben, und darüber hinaus viele Arbeitsplätze indirekt betroffen sind.

Der Industrie- und Umweltausschuss der IHK Mittlerer Niederrhein befürchtet, dass es vor dem Hintergrund der geschilderten Effekte insgesamt zu Strukturbrüchen in der Region kommt. Dies konterkariert die Bemühungen aller Stakeholder der Region, statt eines abrupten Strukturwandels eine im Zeitablauf kontinuierliche Anpassung einzuleiten. Vor diesem Hintergrund appelliert der Industrie und Umweltausschuss der IHK Mittlerer Niederrhein an alle politisch Verantwortlichen, sich dafür einzusetzen, dass die vorgestellten Pläne so nicht umgesetzt werden. Stattdessen sollte eine Klimapolitik im internationalen Kontext und mit Augenmaß betrieben werden, die den Industriestandort Mittlerer Niederrhein, NRW und Deutschland nicht zusätzlich gefährdet.

Neuss, den 22. April 2015